

## Sitzungsbericht Grosser Gemeinderat Winterthur

Vom: 14.09. 2009

Detaillierter Inhalt über die einzelnen Geschäfte

1. Dringliche Interpellation betreffend **Kompetenzaufteilung** zwischen Stadt und Kanton bei der **Verkehrsplanung** (09/095): Die Regelung, dass Zürich und Winterthur für die Verkehrssteuerung und die Bau- und Unterhaltsarbeiten auf Gemeindegebiet zuständig sind, hat sich bewährt. Die geplante Kompetenzverschiebung ist ein unüberlegter Vorstoss des Kantonsrates und hätte für Winterthur negative Folgen.
2. Nachtrag zur **Gemeindeordnung** (09/081): Anpassungen sind nötig, damit WOV weitergeführt werden kann und die Stadt nicht 2010 zum alten System zurückkehren muss. Die Volksschule wird 2011 zu WOV wechseln. Die neue Gemeindeordnung ist so ausgelegt, dass bei Änderungen nicht gleich eine Volksabstimmung nötig wird. Einzelheiten sind in der Geschäftsordnung geregelt. Die Vorlage wurde angenommen. Wir Grünliberalen befürworten aus voller Überzeugung die definitive Verankerung der Wirkungsorientierten Verwaltungsführung. Sie erlaubt, dass vermehrt auch marktwirtschaftliche Instrumente in der Öffentlichen Verwaltung eingesetzt werden und auch Steuern Effizient eingesetzt werden.
3. **Projektierungskredit von Fr. 5'700'000.- Masterplan Bahnhof** (09/073): Der Projektierungskredit ist Teil des Rahmenkredits. Er ist nötig, damit die Arbeiten am Gesamtprojekt weiter schreiten können (Fertigstellung geplant für 2017). Auch wenn Einiges verbesserungsfähig wäre (z.B. Breite der Unterführungen für Langsamverkehr oder die Perronzugänge), setzen die Umstände Grenzen und das vorliegende Projekt ist besser als gar nichts. Der Kredit wurde genehmigt.
4. **Kredit von Fr. 900'000.- für den Knoten Tösstalstr./Kanzleistr.** (09/074): Auf der Tösstalstrasse gibt es auf Höhe Kanzleistrasse keine Abbiegespur, was zu Staus führt und gefährlich ist. Die Werkleitungen für Strom und Wasser müssen ersetzt werden. Im gleichen Zuge können die nötige Abbiegespur und ein Radstreifen erstellt sowie die Bushaltestelle verlegt werden. Für einen Kreisell fehlt der Platz. Der Kredit wurde genehmigt.

### Folgende Vorstösse wurden überwiesen:

- Postulat betr. **Begegnungszonen** (08/101): Kurz nach einem ähnlichen Vorstoss wird das Thema erneut aufgegriffen. Begegnungszonen sind eine gute Alternative zu Fussgängerzonen oder Wohnstrassen.
- Postulat betr. **Ausdehnung von Blauen Zonen** (09/010): Blaue Zonen verhindern Gratisparkieren von Auswärtigen (Einheimische besitzen Zonenkarten). Suchverkehr und wildes Parkieren werden reduziert. Allerdings weichen Pendler dann noch weiter in die Quartiere aus.
- **Treibhausgasstatistik** (09/020): Zahlen helfen bei Entscheiden und beim Controlling.

### Abgelehnter Vorstoss:

- Postulat betr. **Kompensation von CO2-Emissionen bei Stadtbus** (08/103): Innerhalb der glp gibt es unterschiedliche Ansichten, ob eine CO2-Kompensation im öffentlichen Verkehr Sinn macht. Wäre sie ein geeignetes Instrument für eine verursachergerechte Abgabe oder kontraproduktiv, da die Kosten auf die Benutzer überwälzt und somit der Umsteigeeffekt kleiner würde? Auf der anderen Seite werden durch eine Kompensation von CO2-Emissionen externe Kosten konsequent internalisiert.

### Beantwortete Vorstösse:

- Postulat betr. **Aufwertung S-Bahnhof Grüze** (08/059): Vorschläge zur Gestaltung bestehen lokal für angrenzende Gebiete. Der Bahnhof Grüze hat eine Drehscheibenfunktion, weshalb es jetzt nötig ist, sich über die Gestaltung und allfällige Alternativen Gedanken zu machen. Der Stadtrat hat einen Kredit für eine städtebauliche Studie bewilligt.
- Interpellation betr. **tiefergelegte Vogelsangstrasse** (08/043): Das Projekt wurde vom Bund zurückgestuft, da das Kosten-Nutzen-Verhältnis ungünstig ist. Winterthur fehlt nach wie vor ein ganzheitliches Verkehrskonzept. Die Suppe ist aber noch nicht gegessen und es kann sein, dass andere Zutaten dazu kommen.
- Interpellation betr. **Massnahmen gegen Massenbesäufnisse** (08/075): Die Massnahmen der Stadt haben sich bewährt, der Stadtrat ist trotzdem „froh, dass die Karawane weiter gezogen ist, auch wenn einzelne Dromedare noch hier sind.“

### Fragestunde:

- GAs für Lehrlinge: Stadtbus bildet keine Lehrlinge aus. Die VBZ-Lehrlinge erhalten ein GA der 2. Klasse über die Firma login, durch die sie ausgebildet werden.
- Grillieren mit öffentlichem Holz: Holzsammeln im Staatswald ist laut ZGB“ im ortsüblichen Rahmen“ gestattet.
- Eilbus auf der Linie 7: Nicht möglich, da Kontrollen schwierig und die Zürcherstrasse dazu ungeeignet ist.
- Mobile Jugendarbeit: Nachteinsätze machen wenig Sinn, da die mojawi im Gegensatz zur Polizei Prävention und nicht Intervention betreibt.
- Archareal: Die Firma Halter ist daran, Investoren zu suchen. Eine rechtskräftige Baubewilligung liegt vor. Das Parkhaus wird vorerst betrieben.
- Restaurant Eidberg: die Gaststätte wird zurzeit saniert und ab 01. Dez. 2009 von einem neuen Pächterpaar betrieben.
- Ausländerbeirat: Vierzehn Mitglieder werden vom Interkulturellen Forum bestimmt, sieben stammen aus „gesellschaftlichen Schweizer Kräften“.
- Sulzerhochhaus: Es ist nicht bekannt, ab wann der „Wintower“ wieder genutzt wird.
- Musikförderleitbild: Ein Entwurf liegt vor, das Geschäft ist komplex. Eine Vernehmlassung erfolgt evtl. noch 2009.
- Wachterareal: An Ostern 2010 wird der Zirkus Knie dort weilen, die weitere Nutzung ist noch offen.
- Schwimmbad Geiselweid: Die Liegestühle werden Ende Saison ersetzt. Für das Werbeplakat einer Gartenbau-firma erhält die Stadt kein Geld, aber Pflegeleistungen.
- WC-Anlage Unterführung Bahnhofplatz: Die Eingangstüren wurden aus Sicherheitsgründen abmontiert, die Kabinen können jedoch geschlossen werden.
- Anlage Steinacker ALST: Die Stadt möchte die Anlage für das DSS und das IDW nutzen.
- Öffentliche Uhren: Gründe für häufigen Stillstand sind Vandalismus, Probleme mit Funkempfang und Stromunterbruch wegen Bauarbeiten.
- Sozialhilfeempfänger und Privatschulen: Kinder von Sozialhilfeempfängern besuchen Privatschulen höchstens auf Anordnung der Öffentlichen Schule und aus schulischen Gründen.
- Intranet GGR: Die PFD-Version der Weisungen und Erlasse ist einfacher ins Netz zu stellen als eine HTML-Version.
- WC Eulachpark: Ein WC-Container wurde beschafft und wird demnächst platziert.
- Fahrverbot Bäumlistrasse: Lösungen werden gesucht.
- Flüsterbeläge: Bei tiefen Geschwindigkeiten (z.B. innerorts) verstopfen die Poren, weshalb Flüsterbeläge für Winterthur ungeeignet sind.
- Gemeinde-Tageskarten: In der Versuchsphase und wegen der Auflagen der SBB werden Tageskarten durch die Stadtwerke ausgegeben. Das weitere Vorgehen wird sich weisen.
- Fassadensanierung Altstadtschulhaus: Die Stadt kann die Mehrkosten für dieses überregionale Inventarobjekt nicht tragen, eventuell werden die restlichen Arbeiten von der Denkmalpflege bezahlt.
- Einweghauben für die KVA: Die Anschaffung wird geprüft, damit die Köpfe der Besucher geschützt, aber nicht „verunreinigt“ werden.
- Lauftreff Eschenberg: Ob von privater Hand ein Lauftreff erstellt werden kann, ist eine Frage des Unterhalts.

- Schulhaus Hegi: Verhandlungen mit drei Grundeigentümern laufen.
- Auflagen für Dorffeste: Aus Sicht der Polizei sind die Auflagen in letzter Zeit eher gesunken.
- „Vermüllter“ Rathausdurchgang: Es werden Gespräche mit den Standbetreibern geführt.
- Elektrifizierung Buslinien: Vorerst wird die Verlängerung der Rosenberg-Linie elektrifiziert, mittelfristig eventuell die Linie 7.
- Schliessung WC-Anlage Stadtpark: Grund für die Schliessung um 2200 Uhr ist Vandalismus.
- Grossprojekte mit Kostenüberschreitung: Zahlen liegen nur für die KVA vor.
- Rauchverbot in städtischen Liegenschaften: Auch im Jugendhaus an der Steinberggasse gilt das Rauchverbot. Kontrollen erfolgen.

Für weitere Fragen

Michael Zeugin (Gemeinderat)

Tel 052 534 68 56, Mobile 079 488 70 56, eMail [michael.zeugin@grunliberale.ch](mailto:michael.zeugin@grunliberale.ch)

Susanne Stöckli (Gemeinderätin)

Tel 052 203 43 67, eMail [susanne.stoeckli@grunliberale.ch](mailto:susanne.stoeckli@grunliberale.ch)

Absender

Grünliberale Partei Winterthur, eMail [winterthur@grunliberale.ch](mailto:winterthur@grunliberale.ch)  
<http://winterthur.grunliberale.ch>

Information über die Grünliberalen

Die Grünliberale Partei des Bezirks Winterthur wurde am 31. Oktober 2005 gegründet und steht für eine nachhaltige und lösungsorientierte Politik ein. Die Grünliberalen stellen in Winterthur einen Kantonsrat, eine Gemeinderätin, einen Gemeinderat sowie vier Kreisschulpflegerinnen und -schulpfleger. Bei den nationalen Wahlen vom 21. Oktober 2007 erreichte die Grünliberale Partei einen Wählerinnen- und Wähleranteil von 7,01 % für die Stadt Winterthur und 6,55 % für den ganzen Bezirk Winterthur.